

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kirschinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S.W. 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 31. Oktober 1931.

Der neue Hooverplan.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

(Von unserem Washingtoner Korrespondenten.)

SPD. New York, 31. Okt. (Eig. Bericht)

Niemals war die internationale wirtschaftliche und politische Atmosphäre so mit Krisenspannungen geladen, niemals war die öffentliche Weltmeinung so durchtränkt von Gerüchten, niemals sind so viele wilde und phantastische Pläne ausgearbeitet worden, um das herrschende Wirtschaftssystem vor dem drohenden, allgemeinen Zusammenbruch zu retten als in der Gegenwart. Regierungen sind bis in ihre tiefsten Fundamente erschüttert, die Wirtschaft aller Länder fragt sich mit Zittern, was der morgige Tag bringen wird. Hundertjährige Wirtschaftsgesetze haben vor dem Ansturm einer neuen Zeit über Nacht ihren Sinn verloren. Die Welt steht am Rande eines Vulkans, der jeden Augenblick Verderben und Schecken spendend aufliegen kann.

In diesem schicksalsschweren Moment hat Präsident Hoover der Welt seinen mit vielem Gewisper angekündigten Wirtschaftsplan vorgelegt, der weit über die Grenzen Amerikas hinaus zum Stabilisierungszentrum und zur Heilquelle der schwer darniederliegenden kapitalistischen Wirtschaft werden soll. Harmonisch von den Häuptern der Bundesfinanzbehörden und 32 führenden Mitgliedern des Bundes senats und Abgeordnetenhauses umgeben, formulierte der höchste Würdenträger der Vereinigten Staaten ein Finanzprogramm, dessen Grosszügigkeit nicht geleugnet werden kann. Was dieser Plan will, ist in kurzen Worten die Mobilisierung des amerikanischen Kapitals, die Errichtung einer finanziellen Super-Organisation mit Kapitalien von 500 Millionen Dollar, die Erweiterung der Kreditbestimmungen des Federal-Reserve-Banksystems, die Bildung von besonderen Bankier-Komitees in allen Landesdistrikten und eine verstärkte finanzielle Hilfestellung der Bundesbehörden an die notleidenden Farmer. Mit diesem ungeheuren 500 Millionen-Dollar-Fonds an dem die New Yorker Bankzentrale bereits mit 150 Millionen Dollar beteiligt ist, sollen die Geschäfte zusammengebrochener Banken beschleunigt abgewickelt bzw. fortlaufende Kredite für gefährdete Banken bewilligt werden, kurz den Hunderttausenden geschädigter amerikanischer Bankgläubiger finanzielle Genugtuung verschafft werden.

Das sind Massnahmen, die sich in diesem Stadium von unzweifelhaftem Vorteil für die wirtschaftliche Struktur der amerikanischen besitzenden Klassen erweisen werden. Ihre Auswirkungen können nur zur Stärkung des geschwächten amerikanischen Finanzkörpers beitragen und damit angedeutet auf die allgemeine wirtschaftliche Tätigkeit des Landes einwirken. Mit diesen Feststellungen erschöpft sich aber auch alle Anerkennung, die diesem echt Hoover'schen Wirtschaftsrezept entgegengebracht werden kann. Um sich ein Bild zu machen, worauf diese Heilmethode neben den enthusiastischen Lobeshymnen der amerikanischen bürgerlichen Presse hinauslaufen, genügt vorerst die kühle Feststellung, dass in weiteren Konferenzen im Weissen Hause liberale Kreditgewährungen an Hausbesitzer und hypothekengeplagte Grundstücksspekulanten erwogen werden sollen. Wenn auch die Besorgnis der Bundesbehörden um die Finanzen des Hausbesitzers nicht unberechtigt ist, so muss doch gleichzeitig festgestellt werden, dass es sich hier um eine Hilfsaktion für die

bürgerlichen besitzenden Klassen handelt, wie sie exemplarischer nicht gedacht werden kann. Wo ist die bundesamtliche Hilfe für die Millionen Arbeitslosen, wo sind die Kreditgewährungen für die Millionen Männer, Frauen und Kinder, deren kärgliche Existenz im reichsten Lande der Welt nur noch durch Bettelbrocken und die Unterkunftsräume öffentlicher Wohlfahrtsheime gewährleistet ist? Wo ist selbst die behördliche Anteilnahme an dem beschäftigten Lohnarbeiter und Angestellten, dessen Aufbesserung einer stetig sinkenden Löhne und Arbeitsgarantierung mehr zur Entlastung und Stabilisierung der Wirtschaftslage beigetragen hätte als es alle am grünen Tisch ausgeknobelten finanztechnischen Massnahmen können? Und warum hat man, wenn es schon einmal um die Abkurbelung der Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage geht, nicht einfach einen derartigen Fonds von einer halben Milliarde Dollar für öffentliche Arbeiten zur Verfügung gestellt, die im Handumdrehen eine fühlbare Erleichterung der amerikanischen Arbeitskrise herbeigeführt hätten?

Alle diese Fragen sind nicht beantwortet worden und können unter dem herrschenden System wildester Unternehmeranarchie auch nicht beantwortet werden. Das haben selbst die bei Hoover versammelten Parlamentarier im tiefsten Herzen empfunden, als sie sich mit der geschickten Redewendung vom "prinzipiellen Einverständnis aus dem Dilemma zogen und den Präsidenten ihrer Bereitschaft zu prinzipieller Mitarbeit an seinem Programm versicherten. Wer sich bewusst ist, was prinzipielle Zustimmungen im politischen Leben bedeuten und wie sie sich nachher unweigerlich in bitteren Streitigkeiten über ihre praktische Durchführung verlieren, wird sich von der Erklärung der amerikanischen Volksvertreter ein eigenes Bild machen können. Schon jetzt wird verschämt angedeutet, dass sich bei der Beratung der Gesetzesbestimmungen im Bundeskongress manche Differenzen ergeben werden, deren Ueberbrückung keineswegs leicht erscheint. Auch der Vorwurf, warum Präsident Hoover zur Behandlung dieser lebenswichtigen Fragen nicht eine Sondersession des Bundeskongresses einberufen habe, ist bereits laut geworden und wird sich in den nächsten Wochen im verstärkten Chorus hören lassen.

In diesem Tohuwabohu der die amerikanische Öffentlichkeit am stärksten berührenden häuslichen Probleme darf auch die internationale Lage als Ergänzungsbild nicht fehlen. Dass sich Hoover im Zusammenhang mit der Stabilisierung der amerikanischen Innenwirtschaft nicht über eine Neuregelung der internationalen Schuldenfragen oder gar eine mehrjährige Verlängerung des Reparations-Moratoriums auslassen würde, war zu erwarten. Auch dass die Klärung dieser Fragen von dem Meinungsaustausch Hoovers mit dem französischen Premierminister Laval abhängig stand von vornherein fest. Nichtsdestoweniger lassen die kärglichen Andeutungen des neuen Hooverplans bereits erkennen, dass auch diese Probleme den Weg allen Fleisches gehen und wahrscheinlich noch vor Ablauf des Hooverjahres in verstaubten Aktenschränken enden werden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist derart erschüttert, dass man sich selbst in dem hochkapitalistischen Amerika in diesen Momenten nicht mehr mit den angeblich unantastbaren Prinzipien der Zahlungsansprüche und Verpflichtungen abzugeben wünscht, ein Jdeengang, den die amerikanischen Bankiers dem französischen Premierminister und seinen Beratern in den kommenden historischen Beratungen im Weissen Hause recht eindeutig plausibel machen werden. Ob aber die notleidenden amerikanischen Volksmassen sich mit derartigen rein kapitalistischen Mätzchen und Heilmitteln abfinden und sich mit kümmerlichen Unterstützungen aus dem Klingelbeutel privater Wohltätigkeit abfüttern lassen werden, ist eine Frage, auf die nur die Entwicklung der kommenden Wintermonate die Antwort zu geben vermag.

SPD. Seit einiger Zeit setzen die deutschen Heringsfischereien das Reichs-ernährungsministerium unter Druck. Sie verlangen eine Erhöhung der Heringszölle von 3 auf 6 Mark. Natürlich erklären sie, dass eine Verteuerung dieses so wichtigen Volksnahrungsmittels durch die Zollerhöhung nicht entstehen werde. Man beabsichtige nur, die Heringszufuhr zugunsten einer Ausweitung der deutschen Heringsfischerei herabzudrosseln.

Deutschland ist der grösste Heringskonsument Europas. Es verbraucht jährlich 1,25 Millionen Fass Salzheringe, wovon durch die deutschen Heringsfischereien nur 250 000 Fass beschafft werden. 4/5 des deutschen Heringsbedarfs werden eingeführt. Bei dieser Versorgungsbilanz ist es ganz ausgeschlossen, dass eine Zollerhöhung von 3 auf 6 Mark pro Fass vom Ausland getragen wird. Der wahre Grund für die Wünsche der Heringsfischereien liegt auch garnicht in der Absicht nach einer Verdrängung der Heringseinfuhr, sondern in der Sorge, dass das Reich wegen seiner schlechten Finanzlage den Heringsfischereien vielleicht im nächsten Jahre die bisher zur angeblichen Aufrechterhaltung der Betriebe gezahlten Fangprämien nicht mehr weiter geben könnte. Die vom Reich gezahlte Fangprämie beträgt je Fass 2 Mark. Durch eine Verdoppelung der Zolleinnahmen von knapp 3 Millionen auf 6 Millionen Mark wollen sich die Heringsfischereigesellschaften die Weiterzahlung vielleicht aber auch noch eine Erhöhung der Fangprämien sichern.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu diesen Zollerhöhungswünschen ist eindeutig. Sie wird jede Zollerhöhung bei Heringen, die ein wichtiges Volksernährungsmittel darstellen, auf die schärfste bekämpfen.

SPD. Paris, 31. Okt. (Eig. Drahtb.)

Die Berliner Beratungen über die von der Reichsregierung nach der Rückkehr Lavals zu unternehmenden Schritte hinsichtlich der Neuregelung des Reparationsproblems und der Verlängerung und Konsolidierung der Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite werden in Paris mit lebhaftem Interesse, aber auch mit deutlicher Unruhe verfolgt. Der Gedanke einer Revision des Youngplanes oder, wie es in einigen Berliner Meldungen heisst, einer völligen Einstellung der Reparationszahlungen, verbunden mit einer Herabsetzung der interalliierten Schulden, fällt hier natürlich auf keinen günstigen Boden, obgleich sich Amerika für eine derartige Lösung einsetzen zu wollen scheint.

Der "Intransigeant" schreibt dazu: "Wenn man in Washington glaubt, dass eine solche Lösung moralisch, rationell und gerecht ist, täuscht man sich in der Annahme, dass Frankreich dieser Meinung beipflichten wird. Der endgültige Friede wird auf Sicherheit und Gerechtigkeit aufgebaut sein. Die Achtung vor den Verpflichtungen und Unterschriften und die Achtung des Rechts bilden die einzigen Garantien für die moralische und materielle Abrüstung der Völker."

Der "Temps" erklärt: "Es kommt darauf an, wie die Reichsregierung das Problem aufwerfen will, wie sie zu manövrieren gedenkt und was die öffentliche Meinung und die so schwierige innerpolitische Lage Deutschlands ihr im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung durchzuführen erlauben. Zweifellos ist es nicht unnütz, die Deutschen darauf hinzuweisen, dass die französische öffentliche Meinung im grossen und ganzen gegen jede Regelung ist, die auf die Abschaffung des Young-Plans und das Aufhören der Reparationszahlungen hinzielen würde."

Die "Liberté" meint auf Grund der von Bord der "Jle de France" übermittelten Meldungen, dass der Ministerpräsident dem deutschen Botschafter auf die Mitteilung der deutschen Wünsche antworten werde, dass Deutschland zunächst versöhnliche Initiativen ergreifen und durch eine Geste seine aufrichtige Absicht kundtun müsse, seinen Auslandsverpflichtungen nachzukommen, indem es z.B. die Privatbanken ermächtigt, mit der Rückzahlung der Kredite zu beginnen.

SPD. Das Organ der christlichen Gewerkschaften hält die Nationalsozialisten weiter unter Druck, indem es von ihnen kategorisch Erklärungen über ihre Stellung zu den Gewerkschaften, zu Tarifrecht, Schlichtungsverfahren und Sozialversicherung verlangt. Auf die offiziellen Fragen des "Deutschen" an Hitler hat Hitler bisher nicht geantwortet. Er schweigt vielmehr wie ein Grab. Dafür haben Gregor Strasser und Stöhr geredet. Ihre Reden enthalten die Versicherung, dass die Nationalsozialisten weder Gewerkschaften noch Arbeiterrechte antasten würden. Solche Versicherungen zu Agitationszwecken sind nicht neu und gleichzeitig werden ganz entgegengesetzte Erklärungen von nationalsozialistischer Seite abgegeben. Das

Organ der christlichen Gewerkschaften registriert die Reden von Stöhr und Strasser, es stellt ihnen entgegengesetzte nationalsozialistische Erklärungen gegenüber und lässt deutlich erkennen, dass zu den Reden auch Garantien gehören. Der Druck auf die Nationalsozialisten wegen ihres Bündnisses mit der sozialen Reaktion wird auch von dieser Seite nicht nachlassen.

Die Reden von Stöhr und Strasser und die Pressediskussion zwischen der Zentrums Presse und der nationalsozialistischen Presse haben unterdessen heftige Erregung im Lager Hugenberg hervorgerufen. Man sieht dort, dass die Erklärungen von Stöhr und Strasser im vollen Widerspruch stehen zu der amtlichen Stellungnahme des Stahlhelms. Man erkennt ferner die Tendenz, Herrn Hugenberg begreiflich zu machen, dass er der Vasall Hitlers ist und nicht umgekehrt. Aus diesem Grunde hat Herr Hugenberg bei dem Vertrauensmann Hitlers, Hauptmann Göring, Aufklärungen verlangt über die Verhandlungen der Hitlerpartei mit dem Zentrum. Hauptmann Göring aber hat Hugenberg diese Aufklärung unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Adolf Hitler verweigert. Diese Unterredung, die mit einem heftigen Zusammenstoss zwischen Hugenberg und Göring geendet haben soll, war das Vorspiel zu der Pressefehde zwischen der Berliner Hugenberg'schen "Nachtausgabe" und dem Berliner Gobbels'schen "Angriff".

Die Hugenbergpresse hält sich augenblicklich noch zurück, um so erregter aber gebärden sich die übrigen Berliner deutschnationalen Zeitungen, die "Deutsche Zeitung" und die "Kreuz-Zeitung". Die "Deutsche Zeitung" spricht von einem jesuitischen Intrigenspiel des Zentrums. Die "Kreuz-Zeitung" aber führt einen heftigen Angriff gegen Stöhr und Strasser. Sie schreibt über sie:

"Was zunächst die Nationalsozialisten anbelangt, so mag hier die Person Hitler vorerst aus dem Spiele bleiben. Seine politischen Trabanten von heute - vielleicht Gegner von morgen? - überschlagen sich förmlich in ihrem Siegesrausch anlässlich ihrer Wahlerfolge und tun so, als ob sie allein die Nationalsozialisten die nationale Opposition schlechtweg darstellten."

Das ist sehr interessant, dass die "Kreuz-Zeitung" in ihrem Zorne die Stöhr und Strasser als mutmassliche Gegner Hitlers von morgen bezeichnet! Es ist gar kein Zweifel daran, dass die "Kreuz-Zeitung" das absolute Recht hat, für die soziale Reaktion zu sprechen. Nach diesen Ausführungen muss die soziale Reaktion hinsichtlich der Person Hitlers sehr ernsthafte Garantien besitzen, dass sie so offen ihn für die soziale Reaktion gegen seine eigenen Leute reklamiert.

Besonders heftig wendet sich die "Kreuz-Zeitung" gegen die Worte von Stöhr, dass "im Dritten Reich der Gedanke der Sozialversicherung ebenso wie die Tarifverträge und das Schlichtungswesen nicht nur aufrechterhalten, sondern zum Nutzen der Gesamtheit ausgebaut" würden. Diese Sätze können natürlich ebensogut der Gedanken verbergen, dass im Dritten Reiche die Gewerkschaften zu Korporationen nach dem Muster des italienischen Faschismus umgestaltet werden sollen. Sie sind also nichts weniger als eine Anerkennung der Gewerkschaften und der Arbeiterrechte. Aber selbst das geht der "Kreuz-Zeitung" viel zu weit und so schreibt sie dazu:

"Die Tendenz liegt auf der Hand. Die "Errungenschaften" der Arbeiterklasse sollen nicht nur stabilisiert, sondern sogar noch erweitert werden, freilich mit dem Unterschiede, dass nicht mehr ausschliesslich die Marxisten in den Genuss dieser "Errungenschaften" kommen sollen, sondern die Gesamtheit. Welche Gesamtheit?, so fragen wir."

Und schliesslich widmet sie den Stöhr und Strasser die folgenden Sätze: "Gelänge es dem Zentrum, die NSDAP oder wenigstens ihre "produktiven Kräfte" zu einer vom Zentrum geleiteten Reichspolitik hinüber zu ziehen, dann wäre ihm damit ein staatspolitischer Erfolg von unabsehbarer Tragweite beschieden: die Zerschlagung der nationalen Opposition, wahrscheinlich obendrein die Zerstümmerung der NSDAP. Wir müssten es bedauern, wenn wir einst die "produktiven Kräfte" der NSDAP in der Rolle der betrogenen Betrüger sehen müssten."

Da kracht es sehr vernehmlich in der Front von Harzburg, und das knapp drei Wochen nach der Kundgebung von Harzburg! Bei diesen Auseinandersetzungen erkennt das Volk deutlich genug, mit wem es zu tun hat: die um Hugenberg zeigen ihre sozialreaktionäre Rolle, noch deutlicher als zuvor, und sie zeigen zugleich

dass die Stöhr und Strasser, die jetzt in Agitation treten, das Bündnis mit der sozialen Reaktion abzuschwören versuchen, Betrüger sind. Denn wenn die "Kreuz-Zeitung" ihnen die Rolle der betrogenen Betrüger vorhält, so müssen sie unbedingt jetzt Betrug üben!

SPD. München, 31. Okt. (Eig. Drahtb.)

Ein unerhörtes Tendenzurteil wurde am Sonnabend in der Berufungsinstanz durch das Landgericht München verkündet. 24 nationalsozialistische Landfriedensverbrecher und Versammlungsprenger wurden nach einer einwöchigen Prozesskomödie von der Anklage freigesprochen, obwohl durch Dutzende beeidigter Zeugen einwandfrei festgestellt wurde, dass die Nazis die Versammlungsprengung bewusst vorbereitet haben.

Der Anklage lag die Saalschlacht im oberbayerischen Städtchen Murnau am 1. Februar d.J. zu Grunde. Die Versammlung war von der Sozialdemokratie mit dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Auer als Redner einberufen worden. Die Nazis hatten durch einen besonderen Sturmbefehl aus einem Umkreis von 60 km geeignete SA-Leute herangeholt, das Versammlungslokal mit einer Uebermacht besetzt und durch Absingen des Horst Wessel-Liedes den Auftakt zur Schlägerei gegeben, bei der es Dutzende von Verletzten gab.

Schon in erster Instanz wurden die Landfriedensbrecher entgegen dem Antrage des Staatsanwalts freigesprochen, lediglich ein 17 jähriger SA-Führer, der sich besonders brutal benommen hatte, wurde wegen Körperverletzung zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Berufungsgericht ging aber über das unerhörte Urteil des Erstrichters hinaus und sprach auch diesen Rohling frei, obwohl er bei seiner polizeilichen Vernehmung selbst zugegeben hatte, dass er ohne zwingende Not mit einem Stuhlbein von hinten auf einen Reichsbanner-Saalschutzmann eingeschlagen hatte. Hängen blieb lediglich der Postbeamte Jblher, der wegen Verletzung des Telegraphengeheimnisses in erster Instanz 5 Monate Gefängnis erhielt. Jblher hatte in seiner Funktion als sogenannter SA-Beobachter ein Telegramm, das an die Murnauer Sozialdemokratie gerichtet war, um sie von der beabsichtigten Sprengung zu verständigen, an die Nazi-Parteileitung weitergegeben.

Von den vielen Merkwürdigkeiten dieser Berufungsverhandlung verdient besonders das geheimnisvolle Verschwinden eines die Hakenkreuzler schwer belastendes geheimen SA-Dokuments aus den Gerichtsakten Erwähnung. Dieses Schriftstück, das in den Akten des Erstrichters noch vorhanden war, enthielt eine Anweisung an die sogenannten SA-Beobachter des Bezirks zur strengeren Bespitzelung von Behörden, Organisationen aller Art, auch der Reichsbahn, der Post usw. Das Gericht nahm von dem merkwürdigen Verschwinden dieses Schriftstückes ohne die geringste Aufregung Kenntnis. In der Urteilsbegründung erklärt das Gericht alle wichtigen Beweisergebnisse, den Nazisturmbefehl, einen Brief mit der Bemerkung von der beabsichtigten Sprengung, der bei einem Nazi gefunden wurde, ferner die Tatsache der Heranziehung auswärtiger SA-Leute, das mitgebrachte Verbandszeug usw. kurzerhand für nicht stichhaltig.

SPD. Braunschweig, 31. Okt. (Eig. Drahtb.)

Auf die Entscheidung des Reichsinnenministers über das Verbot des Braunschweiger "Volksfreund" hat Nazi-Minister Klagges am Sonnabend mit folgendem Schreiben an den "Volksfreund"-Verlag reagiert:

"Gegen die Entscheidung des Herrn Reichsministers des Innern vom 29. d. M. habe ich den vierten Strafsenat des Reichsgerichts angerufen. Da somit eine rech gültige Entscheidung noch nicht vorliegt, darf der "Volksfreund" zunächst noch nicht erscheinen."

+ + +
Die Entscheidung des Reichsministers des Innern lautete auf Aufhebung des "Volksfreund"-Verbots zum 1. November. Diese Entscheidung hat Herrn Klagges natürlich nicht gepasst. Also hob er die Entscheidung des Reichsministers von sich aus

selbstherrlich auf und dekretierte, dass der "Volksfreund" entgegen dem Sinn der Notverordnung, auf die sich das Verbot stützt, und entgegen dem klaren Wortlaut der Entscheidung des Reichsinnenministers noch nicht erscheinen darf. Das ist ein Affront gegen eine gesetzmässige Verfügung der Reichsregierung, eine Anmassung, deren nur ein Naziminister fähig ist.

Im Abschnitt 3, § 13 Abs. 2 der Notverordnung vom 18. März 1931 heisst es, dass der Reichsminister des Innern der Beschwerde eines Blattes gegen sein Verbot "abhelfen" kann. Das heisst, dass der Reichsminister des Innern ein Zeitungsverbot aufheben und abkürzen kann. Darüber gibt es unter den Juristen der Reichsregierung nicht die geringste Meinungsverschiedenheit, und in dieser Beziehung dürften auch die Richter des Reichsgerichts mit den Juristen des Reichs einig gehen. Wäre der betreffende Passus nicht so auszulegen, dass der Reichsminister des Innern Zeitungsverbote aufheben und abkürzen kann, dann wäre er sinnlos und damit überflüssig, dann würde er in der Praxis schliesslich darauf hinauslaufen, den Reichsminister des Innern von Fall zu Fall als Puppe in der Hand der Länderregierungen erscheinen zu lassen. Und das sollte der Sinn einer Gesetzgebung sein, die vom Reich ausgegangen ist und an deren Inhalt und Wortlaut die Juristen des Reiches massgebend beteiligt sind? Das zu glauben ist wiederum nur Herr Klagges fähig.

Uebrigens wird die neueste Anmassung des Herrn Klagges durch keinen anderen als durch seinen Vorgänger, Herrn Nazi-Franzen, in das richtige Licht gerückt. Als der Braunschweiger "Volksfreund", also das gleiche Blatt, das dieser Tage den Zorn des Herrn Klagges in Braunschweig erregt hat, seinerzeit - um mit Herrn Franzen zu reden - zum "Schulstreik" aufforderte, wurde er verboten. Der Beschwerde des Blattes half der Reichsinnenminister durch eine Verkürzung der Verbotsdauer ab. Der Jurist und Naziminister Franzen erhob gegen die Verkürzung des Verbots, wie es die Notverordnung zulässt, Beschwerde beim Reichsgericht. Darauf, dass dadurch die Entscheidung der Reichsregierung bis zum Beschluss des Reichsgerichts auszusetzen sein und nicht rechtsgültig werden würde, ist der Jurist Franzen nicht verfallen. Diese spitzfindige Juristerei blieb einem nationalsozialistischen Korrektor vorbehalten.

Die Anmassung des Herrn Klagges läuft auf einen Rechtsbruch und eine Verhöhnung der Autorität des Reichsinnenministers, ja der gesamten Reichsregierung hinaus, wie sie sich bisher kein Land erlaubt hat. Vielleicht wäre Herr Klagges weniger dreist und anmassend gewesen, wenn ihm wegen der blutigen Vorfälle anlässlich des Nazi-Treffens in Braunschweig vom Reich bereits das Notwendige eröffnet worden wäre. Seine neueste Rechtsbeugung zeigt, wohin es führt, wenn man Leuten wie Klagges in Amtsstellung nicht rechtzeitig und dazu gehörig auf die Finger sieht. Wird der Reichsinnenminister wenigstens jetzt eingreifen und seine Anordnung mit allen Mitteln durchsetzen? Praktisch liegen für uns die Dinge so, dass der Braunschweiger "Volksfreund" vom Reichsminister des Innern das Recht hat, ab 1. November wieder zu erscheinen. Diese Verfügung kann vom Reichsgericht korrigiert werden. Die anmassende Korrektur des Herrn Klagges hat keine Rechtsgültigkeit. Der "Volksfreund" kann also und wird ab sofort wieder erscheinen. Was aber wird Herr Groener tun, um dieses Erscheinen gegen eventuelle neue Anmassungen des Herrn Klagges unter allen Umständen sicher zu stellen?

Die Frage, die jetzt für Herrn Groener, ja für die Reichsregierung zur Entscheidung steht, ist eine eminent politische. Sie lautet nicht dahin, ob der "Volksfreund" einen Tag früher als es in Aussicht gestellt war erscheinen kann oder nicht, sondern dahin, ob ein Landesminister entgegen den klaren Entscheidungen eines Reichsministers tun und lassen kann was er will.

SPD. Paris, 31. Okt. (Eig. Drahtb.)

Das Büro der sozialistischen Arbeiter-Internationale ist am Sonnabend in Paris unter dem Vorsitz Vanderveldes zu einer Tagung zusammengetreten. Deutschland ist durch den Parteivorsitzenden Wels und den früheren Reichsfinanzminister Hilferding vertreten, Oesterreich durch Bauer und Adler, England durch Gillies,

die Schweiz durch Grimm, Frankreich durch Bracke, Blum, Grumbach, Renaudel, Faure usw.

In den beiden Sitzungen, die am Sonnabend vormittag und nachmittag stattfanden, wurde über die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Stellungnahme der sozialistischen Internationale zu diesem Problem gesprochen. An der Nachmittags-sitzung nahmen gemäss einem am Vormittag gefassten Beschluss auch Jouhaux (CGT), Tarnow, Schweitzer und Arons (ADGB) teil, von denen Jouhaux und Tarnow Mitglieder der deutsch-französischen Wirtschaftskommission sind. Am Sonntag wird über die gemeinsame Abrüstungsaktion der Arbeiter-Internationale und der Gewerkschafts-Internationale und über organisatorische Fragen verhandelt werden.

SPD. In dem Prozess gegen die nationalsozialistischen Programmführer vom Kurfürstendamm wird das Belastungsmaterial immer erdrückender. Besonders Graf Helldorf kann als 100 prozentig überführt gelten, den Pogrom inszeniert und geleitet zu haben.

Sensationell waren in der Sonnabend-Verhandlung die Aussagen, die der Keller eines Lokals in Berlin-Schmargendorf machte. Dieser Zeuge bekundet, dass der SA-Mann Tiecke am Tage nach den Kurfürstendamm-Ausschreitungen in dem Schmargendorfer Lokal erschien und von den Heldentaten seiner Gesinnungsgenossen auf dem Kurfürstendamm erzählte. Dabei hat der SA-Mann geäussert: "Na, den Kurfürstendamm-Juden haben wir es ja gestern richtig besorgt, der Graf Helldorf hat uns bei der Sache geführt!" Ein anderer Angestellter des Lokals bestätigt diese Aussage. Tiecke, der mit den beiden Belastungszeugen konfrontiert wird, versucht erst mit törichtem Ausreden davonzukommen, bequemt sich aber schliesslich zu dem Zugeständnis, dass er das mit dem Grafen Helldorf "mehr bildlich" gemeint habe. Der Sturmbann-Adjutant Kosmol, dem es jetzt noch hellen Spass macht, dass am Kurfürstendamm "die Juden verdroschen" worden sind, straft die Bekundungen des Grafen Helldorf Lügen, der angeblich erst durch Kosmol von der Kurfürstendamm-Affäre erfahren haben will. Der Zeuge plaudert aus, dass im Gegenteil der Oberführer ihn, Kosmol, über die Kurfürstendamm-Unruhen befragt habe. Schwer belastet werden Helldorf und Ernst auch durch den Führer der Wache im Nazi-Parteihaus den Ingenieur Gewehr, der nicht leugnen kann, dass aus dem Auto des Programmführers gewinkt worden ist.

Am Schluss der vielstündigen Sitzung kam es zu einer unglaublichen Anrede der Staatsanwaltschaft durch den Nazi-Rechtsanwalt Freisler, die selbst den langmütigen Vorsitzenden dieses Prozesses zu energischer Abwehr veranlasste. Eine zwangsläufige Folge der wenig energischen Verhandlungsführung durch Landgerichtsdirektor Brennhausen waren unwürdige Szenen, die sich nach Beendigung der Sitzung im Verhandlungssaal abspielten. Zeugen, Angeklagte und Publikum brachen in laute "Heil Hitler"-Rufe aus, den Justizwachtmeistern, die den Saal räumen wollten, wurde unter höhnischen Zurufen Widerstand geleistet, die Angeklagten, die nicht in Haft sitzen, setzten in Gegenwart des Gerichts ihre Hüte auf - kurz, es war eine zeitlang so, als ob das Chaos des "Dritten Reiches" bereits seinen Einzug gehalten hätte.

SPD. Amsterdam, 31. Okt. (Eig. Drahtb.)

Das neue grosse Zeitungsgebäude des Amsterdamer sozialistischen Organs "Het Volk" wurde am Sonnabend nachmittag mit einer Ansprache des früheren Ratsmanns Wibaut feierlich eingeweiht. Wibaut teilte u.a. mit, dass ab 1. November fünf neue sozialdemokratische Zeitungen in niederländischen Provinzialhauptstädten erscheinen und die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungsleser allein in den letzten Wochen um 10 000 gestiegen ist. Am Sonnabend abend beschloss ein gewaltiger Facjelzug den für die niederländische Arbeiterbewegung bedeutsamen Tag.

SPD. Paris, 31. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der Quai d'Orsay hat dem Völkerbundssekretariat am Sonnabend mitgeteilt, dass Frankreich sich dem Vorschlag der Völkerbundsversammlung auf Einführung eines Rüstungsfeierjahres anschliesst. Soweit dieser Waffenstillstand von den Nachbarländern beobachtet werde, sei Frankreich ebenfalls bereit, ihn gleichfalls durchzuführen und zwar gemäss den Bedingungen, die in dem die Entschliessung des Völkerbunds begleitenden Bericht festgelegt sind.

Die Reichsregierung hat inzwischen in Genf ebenfalls wissen lassen, dass sie sich an dem am 1. November beginnenden Rüstungsfeierjahr beteiligt.

SPD. Der Vorstand des Reichsstädtebundes hat in seiner letzten Sitzung, wie der Landgemeindegtag bereits vor Wochen, ebenfalls eine Entschliessung angenommen, nach der die Arbeitslosenversicherung vorübergehend aufgehoben werden soll.

SPD. Rom, 31. Okt. (Eig. Drahtb.)

Eine weitere allgemeine Senkung der Löhne und Gehälter, die in Italien bereits den tiefsten Stand erreicht haben, wurde am Sonnabend von dem Zentralkomitee der Korporationen für unmöglich erklärt.

Das Zentralkomitee der Korporationen, das in den Wirtschaftsfragen die oberste Entscheidung fällt, hat unter dem Vorsitz von Mussolini in mehrtägigen Beratungen festgestellt, dass eine weitere allgemeine Lohnsenkung schon vom wirtschaftlichen Standpunkt aus keineswegs nützlich sei, weil sie die Konsumkraft des Volkes ungeheuer schwäche. Nur in ganz bestimmten Sonderfällen sei eine Ausnahme von dieser Regel erlaubt. In diesem Falle aber müsste von solchen Industrieunternehmen 1) eine völlige Garantie dafür gegeben werden, dass eine längere Beschäftigungsdauer der Arbeiter mit der Lohnsenkung verbunden sei; 2) müsste gleichzeitig eine Senkung aller anderen Produktionskosten nachgewiesen werden; 3) müsste sich die Lohnsenkung in solchen Ausnahmefällen in vernünftigen Grenzen halten; 4) dürfe sie überhaupt nur nach einem Abkommen mit den zuständigen Gewerkschaften erfolgen. Diese Gewerkschaften seien aber berechtigt, die wichtigsten Faktoren des Produktionsprozesses, die zur Bestimmung der Löhne und Gehälter führen, genau zu kontrollieren.

SPD. Veranlasst durch den Protest der Gewerkschaften hat der Reichskanzler den Direktor der Arbeiterbank Dr. Bachem in den Unterausschuss des Wirtschaftsbeirats für das Stillhalteabkommen berufen. Auf die Berufung Hilferdings musste wegen seiner vorübergehenden Abwesenheit von Berlin verzichtet werden.

SPD. Kiel, 31. Okt. (Eig. Drahtb.)

In Kiel erstach der 30 Jahre alte Hilfslehrer Berthold die 18 Jahre alte Abiturientin Lotte Kaspereck mit einem Dolch. Dann brachte sich der Täter selbst tödliche Verletzungen bei. Eifersucht ist das Motiv der schrecklichen Tat.

SPD. Der deutsche Botschafter in Paris von Hoesch ist am Sonnabend abend nach längeren Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt nach Paris zurückgereist. Am Dienstag wird von Hoesch von dem bis dahin aus Amerika zurückgekehrten französischen Ministerpräsidenten empfangen.

Aus aller Welt

Gift gegen Gift.

Das Schlangeninstitut von Butantan.- Der Kampf gegen den Todesbiss.- Helden der Forschung.

SPD. Immerwährender Sommer, Blumen, Palmen und kostbare Früchte - das ist das Bild, das uns von den Tropenländern vermittelt wird. In unseren Breiten ist nur selten auch von jenen grossen Gefahren die Rede, die dort heimtückisch den Menschen belauern und sie zum dauernden Kampf mit dem fast unsichtbaren Feind zwingen. Neben den furchtbaren Seuchen sind es besonders die Schlangen, die unter dem Aequator zur Tier- und Menschenplage geworden sind. Der Arbeiter in den Platinminen Columbiens ist vor den Nattern ebenso wenig sicher wie der schwarze Baumwollpflücker in Texas oder der braune Kuli in den Teeplantagen Ceylons.

Fieber und Schlangen führen neben den unsozialen Arbeitsbedingungen in den meist kolonialen und halbkolonialen Ländern der Tropen zu einem Mangel an genügend leistungsfähigen Arbeitskräften. Um trotzdem bei der "Zivilisierung" dieser Landstriche auf solche Arbeitskräfte nicht verzichten zu müssen, versucht man auf die verschiedensten Arten dem Uebel abzuweichen. So beginnt man jetzt spezielle Seucheninstitute für Arbeiter zu bauen und Forschungsstätten zu errichten, in denen die Voraussetzungen zur Erhaltung leistungsfähiger Arbeitskräfte in diesen Ländern studiert werden sollen. Auf diese Weise entstand auch eines der sonderbarsten Forschungsinstitute, die die Erde kennt, das Schlangeninstitut von Butantan bei Sao Paulo im Süden Brasiliens. Zu seinem Aufgabekreis gehören in erster Linie die Versuche zur wirksamen Bekämpfung des Schlangengiftes auf den Arbeitsstätten.

Ueber der Vorstadt Pinheiros liegt das grosse weisse Gebäude des Instituts auf einer Anhöhe, mitten in einem Park üppigster Vegetation. Das Gebäude enthält ausser Arbeitsräumen für die Forscher und ihren Gehilfenstab, ein Schlangemuseum. Alles, was sich auf Giftschlangen bezieht oder je bezogen hat, ist dort untergebracht,

Aber der wichtigste und interessanteste Teil des ganzen Unternehmens befindet sich nicht im Gebäude selbst, sondern auf dem Vorplatz. Es ist die Schlangenfarm. Von schützenden Wassergräben umgeben, von niederen Betonmauern begrenzt, erheben sich auf weiten Rasenflächen Betonkuppeln, die wie Hochbauten der Termiten anmuten. Es sind die Lager- und Wohnplätze der Giftschlangen. Die Schlangenfarm beherbergt alle Sorten solcher Reptilien, sie werden zu Forschungszwecken gebraucht. Grosse, kleine, buntschillernde, graue, schmale und fette Tiere liegen in der glühenden Sonne auf- und durcheinander. Träge blinzeln sie die Wärter an und nur selten sieht man eine züngelnde Schlange sich vom Ort bewegen. Augenscheinlich fühlen sie sich hier sehr wohl.

Diese Schlangenerbrut liefert den Grundstoff für alle Sera gegen Schlangengift, denn nichts anderes als - Schlangengift wird zur Bekämpfung des tödlich wirkenden Bisses verwendet. Je nach Bedarf geht der Wärter in den Schlangengarten und packt das erforderliche Reptil blitzschnell und mit sicherem Griff dicht hinter dem Kopfe. Dann drückt er die Backen des Tieres zusammen, und langsam träufelt das Gift aus den Zähnen in die bereit gehaltene Schale. Ist genügend ausgepresst, wird die Schlange vorsichtig abgesetzt und der Wärter entfernt sich schnell mit der Ausbeute. Nicht selten aber greift das Tier an, und der Wärter der Schlangenfarm ist dann der erste, der das neu gewonnene Serum am eigenen Leibe zu erproben hat. In Butantan gibt es keinen Schlangengärtner, der

nicht schon einmal gebissen worden wäre.

Das gewonnene Gift wird in gelösten kleinen Dosen jungen, gesunden Pferden in die Blutbahn gespritzt. Nach und nach werden die Tiere gegen die Wirkung des Giftes immun. Die Pferde leiden natürlich sehr stark unter den Wirkungen des Giftes und des nachfolgenden Fiebers. Allmählich aber gewöhnen sie sich an die Einspritzungen und werden unerschöpfliche Serumpender.

In Butantan erzeugt man zweierlei Arten Sera; reines Serum, als Gegenwirkung gegen Bisse bestimmt festgestellter Schlangen, und ein Mischserum, das vorbeugend angewandt werden kann, wenn der von einem Reptil Gebissene nicht genau weiss, welche Schlangenart ihn verwundete. Das ist besonders bei Plantagenarbeitern und den Holzfällern der Fall, die oft durch die Schutzfarbe der überraschten Schlange getäuscht, nicht genau wissen, welche Schlangenart sie gebissen hat.

Nicht alle Schlangen sind giftig. Es gibt z.B. fast keine Riesenschlange, deren Biss Tier oder Mensch gefährlich werden könnte. Diese Schlangen wirken durch ihre ungeheuren Körperkräfte. Die ungiftigen Schlangen werden nun in einer besonderen Abteilung der Schlangenfarm gehegt, um Versuche zu ermöglichen. Besonders die Mussurana, ein Reptil, das der grimmigste Feind aller Giftschlangen ist, wird dort gepflegt, um durch das Studium ihrer Gewohnheiten wertvolle Hinweise zur Bekämpfung aller Giftschlangen zu erhalten. In Südamerika sieht man heute schon sehr häufig in den Landsiedlungen als Haustier die Mussurana; man hält es sich zum Schutz gegen Giftschlangen.

Durch das Wirken des Schlangeninstituts in Butantan ist jeder Farmer und Unternehmer in den Pampas und südamerikanischen Urwäldern in der Lage, Schutzsera gegen Schlangenbisse für seine Arbeiter zu beziehen. Das Institut gibt Serum sogar unentgeltlich ab, wenn es als Gegenleistung eine lebendgefangene Giftschlange zu Forschungszwecken erhält.

Natürlich ist das Institut, auch in Gemeinschaft mit einem gleichen Unternehmen in Mexiko, vorläufig nicht in der Lage, einen völlig erfolgreichen Feldzug gegen die Giftschlangen zu unternehmen. Heute noch sterben jährlich Tausende an den Wirkungen des Schlangenbisses oder können nur durch die primitivsten und oft barbarischsten Methoden sofortiger Amputation der Bissstellen gerettet werden.

S.

+ + +
Die Schuld wird klar !

Eine weise Ahnung: zwei Eltern haben den Calmette-Impfstoff weggegossen.

SPD.Lübeck, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

In der Sonnabendverhandlung des Calmette-Prozesses wurde die Vernehmung der Hebammen und Schwestern fortgesetzt. Annähernd 24 Schwestern haben die Fütterung bei Kindern durchgeführt. Es ergab sich aber, dass nicht nur die dazu Beauftragten, sondern die Eltern selbst den Kindern das Mittel gegeben hatten. Zwei Eltern haben den Impfstoff weggegossen, weil sie nicht das nötige Vertrauen dazu hatten. Die Fütterung selbst ging ohne Schwierigkeiten vor sich. Die Kinder nahmen das Mittel, das ihnen in Verbindung mit Milch oder Zuckerwasser gegeben wurde, gern. Das eine oder andere Kind erbrach sich zwar, ein Kind wurde sogar ganz kalt und blau, im grossen und ganzen konnte aber bei der Fütterung unmittelbar nichts von der Schädigung bemerkt werden.

Die Vernehmung der Hebamme Marten aus Schwartau, brachte eine Ueberraschung. Der Frau ist das Mittel von einer Schwester der Tuberkulosefürsorge in Lübeck als "eine schöne Sache, die man unbedingt einführen müsse" empfohlen worden. Eine eingehende Aufklärung oder Mitteilung bekam die Frau von keiner Seite. Auch das Eutiner Gesundheitsamt - Schwartau untersteht dem Gesundheitsamt Eutin - hatte keine ausdrückliche Einwilligung zur Einführung erteilt. Als

Medizinalrat Dr. Rosenow aus Eutin einen Dienstbesuch in Schwartau machte und von der Calmette-Fütterung erfuhr, verbot er die Anwendung des Mittels, ohne dass er etwa eine Ahnung von der nahenden Katastrophe hatte. Er hielt das Mittel offenbar nicht für einwandfrei.

Das Ergebnis der Vernehmung der bisherigen Zeugen stützt die Anklage ganz erheblich. Eindeutig wird von den Schwestern beidseitig, dass auch noch nach dem verhängnisvollen 26. April, an dem Dr. Altstaedt die Schädlichkeit des gezüchteten Calmette-Mittels bereits bekannt war, da die Sektion des ersten Opfers eindeutig den Beweis der Schädlichkeit erbracht hatte, die Fütterung fortgesetzt wurde. Es ist von Dr. Altstaedt an die Schwestern keinerlei Anordnung gegeben worden, die Fütterung sofort einzustellen. Ebenso hat er es unterlassen, die ausgegebenen Präparate sofort einzuziehen. Im Gegenteil, gab er als Ersatzfütterung die Deycke-Much'sche Partigene heraus, ohne dass er auch nur die geringste Veranlassung nahm, die Schwestern aufzuklären. Lediglich im Krankenhaus zog er die Präparate ein. Die Hausfütterung liess er trotz Kenntnis der Sachlage, dass den Kindern noch immer das schädigende Präparat gereicht wurde, fortsetzen.

Durch diese eidliche Feststellung werden Dr. Altstaedt und die anderen Angeklagten belastet. Die Angeklagten wussten nach der Sezierung von der Schädlichkeit. Keiner aber übernahm es, den Hebammen und Schwestern Aufklärung zu geben.

Die nächste Verhandlung findet am Mittwoch nachmittag statt.

+ + +

Missionsschweigegeelder? Die Konkursverwaltung der vor kurzem zusammengebrochenen Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes hat gegen den Generaldirektor Wilhelm Jeppel vom Zentralausschuss für Innere Mission vor dem Landgericht Duisburg einen Zivilprozess angestrengt. Die Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes verlangt von Jeppel die Zahlung einer grösseren Geldsumme, über die Jeppel angeblich noch verfügt. Jeppel bestreitet indes, die betreffende Summe jemals persönlich ausgezahlt erhalten zu haben. Es soll sich bei dem eingeklagten Betrag vielmehr um Schweigegeelder handeln, die seinerzeit von der Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes über die Innere Mission an verschiedene Leute gezahlt worden sein sollen. Die Gegenleistung der Bestochenen soll darin bestanden haben, dass sie über unlautere Machenschaften, Fehldispositionen und Fehlspekulationen geschwiegen haben. Im ganzen sollen etwa 300 000 Mark an Schweigegeeldern ausgezahlt worden sein.

+ + +

Engler in Nordafrika! Der deutsche Faltbootsegler Kapitän Fritz Engler, der vor kurzem von Lissabon aus startete, um über die Kanarischen Inseln nach Amerika zu segeln, ist durch einen Sturm nach Nordafrika abgetrieben worden. Engler liegt bei Capablanca vor der Küste.

Die "Garde" der Sklareks. Im Berliner Sklarekprozess wurde am Sonnabend der angeklagte frühere Stadtrat Gäbel vernommen. Gäbel soll die Sklareks durch Rundschreiben an die städtischen Bezirksämter, in denen eindringlich empfehlend auf den Sklarek-KVG-Vertrag hingewiesen wurde, bewusst begünstigt haben. Der Angeklagte Gäbel bemühte sich um den Nachweis, dass die Interessen der Stadt mit denen der Sklareks identisch waren. Auch gegenüber dem angeklagten früheren Staatsrat Degner wird der Vorwurf der Begünstigung erhoben. Leo Sklarek bemerkt hierzu: "Degner war nicht für uns tätig. Mein Bruder Max hatte wirklich ganz andere Beziehungen... Als ich einmal zu Max ging, weil ich mich darüber geärgert hatte, dass Max den Stadtbankdirektor Hoffmann vernachlässigte und den Stadtbankdirektor Schmidt so vorzog, sagte Max darauf: "Zu mir kommt nur die Garde." Rechtsanwalt Bahn: "Warum wurde denn Hoffmann nicht von Max eingeladen?" Vorsitzender: "Weil er zur Linie gehörte." (Stürmische Heiterkeit.)

Wirtschaft Technik Handel

Nutria und Marxismus.

Revisionskommission bei Patzenhofer - Ein paar neue Fälle Reinhart.

-SPD. Der Fall Schultheiss=Patzenhofer stinkt zum Himmel. Und er ist nicht nur ein Fall Ludwig Katzenellenbogens, es ist ein Fall unserer Grossfinanz und unserer Industrierhierarchie, der Goldschmidts, der Reinharts und wie sie alle heissen mögen. Man wollte verdienen, masslos verdienen. Dabei gab es Betriebsunfälle. Man renkte sie ein, gegen das Handels- und Strafgesetzbuch. Man vertuschte. Man belog die Öffentlichkeit. Man täuschte das Publikum, das den Unternehmen sein gutes Geld anvertraute, in gröblichster Weise in der Hoffnung, dass man ja die Macht im Staate habe und dass man die Dinge schon schmeissen werde.

Darüber gingen kerngesunde Unternehmungen zugrunde. Sie sind ruiniert. Nächstens wird man uns erzählen, der Marxismus sei schuld, Gewerkschaften und Sozialdemokratie hätten die Unternehmungen zugrunde gerichtet.

+ + +

Heute ist der Tatbestand noch zu frisch. Heute kann man dem Publikum noch nicht das Märchen vom Marxismus zumuten. Aber nächstens wird man das ganz bestimmt tun.

Heute erfährt man durch Dr. Schifferer, den jetzt massgebenden Mann bei Schultheiss=Patzenhofer, dass es zunächst gelungen sei, von den zuständigen Banken 10 Millionen Mark neue Mittel zu erhalten. Menschlichem Ermessen nach sind also im Hinblick auf die hohen Depositen bei Schultheiss zunächst keine Schwierigkeiten zu erwarten. Vorläufig hat sich auch noch keine Kommission zur Untersuchung der Sünden des Marxismus im Falle Schultheiss=Patzenhofer gebildet, sondern eine Revisionskommission, die sich mit Zweckmässigerem zu beschäftigen haben wird. Ihr gehören Professor Dr. Popitz, der ehemalige Staatssekretär im Reichsfinanzministerium an, ferner Geheimrat Dr. Lippert, früherer Börsenkommissar, und Justizrat Dr. Meidinger. Die wichtigste Aufgabe der Revisionskommission ist zunächst, die Konsortialgeschäfte des Konzerns aufzuklären. Ferner sollen die Beziehungen zu den Tochtergesellschaften untersucht werden. Hier kommt ja die schnell berühmt gewordene Nutria in Frage, die eine fatale Ähnlichkeit mit der holländischen Ultramarine des Nordwollekonzern hat. Nach Erklärungen der Schultheiss=Verwaltung mussten bei dieser Nutria Abschreibungen in Höhe von 11 Millionen Mark vorgenommen werden. Die Nutria ist nichts anderes als der Deckmantel für Grossspekulationen. Es handelt sich um einen regelrechten Verschiebebahnhof.

Im einzelnen klärt sich die Situation bei Schultheiss=Patzenhofer immer mehr in der Richtung, dass ein technisch hervorragender und im Kern gesunder Betrieb durch Manipulationen betriebsfremder Spekulanten und durch Machtkämpfe der Grossbanken in die jetzigen Schwierigkeiten geraten ist. Interessant ist die Erklärung Dr. Schifferers von der Schultheiss=Patzenhofer, die dahin geht, dass auf dem Rücken der Schultheiss=Patzenhofer= Brauereien Interessentenkämpfe von allen Seiten ausgefochten wurden, die garnichts mit den Betrieben zu tun haben.

+ + +

Eine starke Verlustquelle bei Schultheiss=Patzenhofer scheint noch der Industrieauskandal zu sein. Die Aufsichtsräte, die zu den Schultheissbilanzen

Ja und Amen sagten, also sowohl Jakob Goldschmidt als auch Reinhart, wussten aus den Veröffentlichungen der Presse, dass bei der Industriebau Bilanzfälschungen der schlimmsten Art vorgekommen waren, dass man dort wirkliche Baugewinne überhaupt nicht erzielt hatte und dass die verteilten Dividenden aus künstlich konstruierten Finanzgewinnen bezahlt wurden. Sie wussten weiter, dass auch bei der Industriebau Kursstützungskonsortien bestanden, die den einzigen Zweck hatten, die Kurse hochzutreiben und die Öffentlichkeit über die innere Faulheit der Industriebau zu täuschen. Als die Aufsichtsratsitzungen bei Schultheiss abgehalten wurden, lag schon in dem Prozess der A.G. für Verkehrswesen gegen Schlesische Zement der erste Schriftsatz der A.G. für Verkehrswesen vor, in dem die Betrügereien Katzenellenbogens ausführlich behandelt wurden!

Auch die Industriebau hat im Jahre 1928 ein Prospekt veröffentlicht, in dem es hiess, die Gewinne aus der Fusion Industriebau - Held & Francke seien der Reserve zugeführt. In Wirklichkeit hatte man hier frisiert, um hohe Dividenden zu rechtfertigen. Also schon bei Industriebau gab es Prospektfälschungen und zweifelhafte Konsortialverträge zum Aufkauf eigener Aktien. Da auch bei Industriebau die Commerzabank beteiligt war, mussten dem "nationalen Mann" Reinhart von der Commerzbank diese Vorgänge bekannt sein. Der Schultheiss-skandal hätte nicht das gegenwärtige Ausmass annehmen können, wenn der Industriebauskandal, der schon damals nach dem Staatsanwalt schrie, die Beteiligten zur nötigen Vorsicht veranlasst hätte. Man kann gerade Herrn Reinhart hier den nötigen Glauben nicht zuerkennen.

Auch die Erklärung Reinharts, es wäre nur ein Zufall gewesen, dass das Geschäft in Schultheissaktien über die Hugo Kauffmann & Co.'s Bank in Amsterdam gegangen sei, verdient nicht den geringsten Glauben. Die Hugo Kauffmann-Bank ist eine Tochtergesellschaft der Commerzbank, mit ihr identisch, und es ergibt sich der Verdacht, dass dieser Weg zum Zwecke von Steuerschiebungen gewählt worden ist. Ueber diese Bank gingen auch seinerzeit die Ilseaktien und das Ilse-Geschäft, durch das der den Nationalsozialisten nahestehende Herr Reinhart den grössten deutschen Braunkohlekonzern an einen Ausländer verschob.

+ + +

Alles das wird der Staatsanwalt klarstellen müssen. Wir hoffen aber, keinen zweiten Fall Favag zu erleben d.h. wir hoffen nicht zu erleben, dass erst nach 2 Jahren den Schuldigen der Prozess gemacht wird, wie im Fall des Frankfurter Lebensversicherungskonzerns, und zwar in einer Weise, die vermuten lässt, dass noch die Enkel der gegenwärtig im Favagprozess tätigen Rechtsanwälte durch den Favagskandal als Verteidiger ihr Auskommen finden werden. In England hat es im Laufe der Krise auch ein paar Skandale gegeben. Die Verhältnisse lagen sicherlich ebenso verwickelt wie bei den deutschen Skandalen. Aber nach 3 - 4 Monaten hatte man die Schuldigen vor das Gericht und später ins Zuchthaus gebracht. Dieselbe Eile wäre auch für die deutschen Verhältnisse wünschenswert.

SPD. Aus dem Wehgeschrei über die Schliessung der Börsen in Deutschland ist langsam ein Dankesgebet geworden. Immer schwächer werden die Stimmen, die eine Wiedereröffnung der Börsen fordern. Man erkennt allmählich auch in wildesten Spekulantenkreisen die Gefahr einer Wiederingangsetzung dieser Spielhöhlen, ehe nicht die von Tag zu Tag stärker herauskommenden Aktienspekulations-skandale allesamt aufgedeckt und rücksichtslos bereinigt sind.

Nichts spricht eine deutlichere Sprache über die ungeheuren Misstände, die in den letzten Jahren in Deutschland eingerissen sind und auf die wir immer wieder hingewiesen haben, als die Tatsache, dass sich inzwischen die Arbeit der staatlichen Kontrollorgane der Börsen, insbesondere das Arbeitsgebiet des Börsenkommissars, auf ganz neue Gebiete und auf ganz neue Mitarbeiter ausge-

dehnt hat. Wir meinen damit den Staatsanwalt und den von der Regierung eingesetzten Börsen- und Bankkommissar.

Zunächst haben Staatsanwalt und Bankkommissar mit der Affäre Schultheiss-Patzenhofer oder besser, mit den skandalösen Aktiengeschäften Ludwig Katzenellenbogens, zu tun. Hoffentlich wird hier rücksichtslos vorgegangen. Nur so kann eine tiefgreifende Säuberung erreicht werden. Hier ist ohne Zweifel eine Eiferbeule aufgestochen worden und man kann sich ausrechnen, dass, wenn die Reinigung gründlich vollzogen wird, noch mancher interessante Skandal an die Öffentlichkeit dringt. Andererseits darf man dabei nicht übersehen, dass es sich bei diesen Dingen erneut um einen Kampf unter den Grossbankgewaltigen handelt, der heftiger entbrannt ist als je, nachdem es einige Wochenlang so schien, als herrsche wieder traute Eintracht in der deutschen Grossfinanz. Die im Stillen gehegte Hoffnung, die Hinausschiebung der Jahresbilanz um mindestens ein halbes, wenn nicht um ein ganzes Jahr, bei der Regierung, die gegenüber Grossfinanz und Grossindustrie immer äusserst grossmütig zu sein pflegt, heraus zu pressen, hat erfreulicherweise der Bankkommissar zerstört. Zum Jahresschluss muss Rechnung gelegt werden. Zum Jahresschluss müssen die letzten Schleier fallen, die man zu lüften sich nicht entschliessen konnte.

Erst unter diesem Druck dürfte der Bereinigungsprozess einsetzen, den man immer hinauszuzögern versuchte, der aber einmal durchgeführt werden muss, wenn eine gesunde Börse und eine gesunde Wirtschaft aus der Krise erwachsen sollen.

SPD. Der Teuerungsindex hat sich auch im Monat Oktober gesenkt. Das Reichsstatistische Amt gibt über die Entwicklung folgenden Bericht:

"Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 133,1 gegenüber 134,0 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,7 v.H.. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,2 v.H. auf 123,4, für Bekleidung um 1,2 v.H. auf 134,2 und für "Sonstigen Bedarf" um 0,4 v.H. auf 182,5. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist um 0,9 v.H. auf 148,8 gestiegen; die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert. In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren, Milch und Milcherzeugnisse sowie Gemüse zurückgegangen. Dagegen sind die Preise für Eier weiter gestiegen; auch die Preise für Brot haben im Reichsdurchschnitt etwas angezogen."

Ueber die Entwicklung des Teuerungsindex seit Oktober 1929 geben wir folgende Uebersicht:

	1929	1930	1931
	(immer Oktober, 1913 = 100)		
Gesamtindex	153,5	145,4	133,1
Ernährung	153,8	139,5	123,4
Bekleidung	170,8	158,6	134,2
Sonstiger Bedarf einschl. Verkehr	192,2	192,7	182,5
Heizung und Beleuchtung	152,6	153,5	148,8
Wohnung	126,5	130,7	131,6

Der Rückgang des Teuerungsindex beruht in erster Linie auf den Ernährungs- und Bekleidungskosten. Der Index enthält aber äusserst starre Faktoren, wie die Verkehrskosten, die Kosten für Wohnung, Beleuchtung und Heizung, die sich äusserst widerstandsfähig zeigen. Das erklärt sich aus den gebundenen Preisen, so die Festlegung der Miete auf einen sicherlich überhöhten

stand, die hohen Verkehrstarife und die hohen Kohlenpreise: Wenn man hier nicht zu einem Abbau der Preise kommt, ist anzunehmen, dass der Lebenshaltungsindex sich nur noch unwesentlich verändern kann. Den Kräften, die den Index nach unten drücken, stehen starke Gegenkräfte gegenüber. Deshalb ist auch ein Ausgleich von Lohnkürzungen durch Preissenkungen nach Lage der Dinge nicht möglich.

Angebot auf's äusserste eingeschränkt.

(Berliner Getreidebörse vom 31. Okt.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend wieder sehr feste Tendenz. Es stellte sich heraus, dass das Angebot an Brotgetreide auf das äusserste eingeschränkt war. Wenn auch die Nachfrage sich nicht stürmisch gestaltete, so zeigte sich dennoch laufender Begehr der Mühlen nach Weizen und Roggen. Soweit Angebot vorhanden war, wurde dieses zu etwa 2 Mark höheren Preisen glatt aus dem Markt genommen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich wieder Preisgewinne von 1 bis 2 Mark. Am Mehlmarkt war die Nachfrage nach Weizenmehl wieder etwas lebhafter, jedoch wurden höhere Preise nicht bewilligt. Roggenmehl hatte laufendes Konsumgeschäft zu unveränderten Preisen. Für Hafer war die Stimmung etwas fest; jedoch halten sich die Umsätze in Grenzen, da es schwer fällt, die höheren Forderungen der Landwirte durchzusetzen.

	<u>30. Okt.</u>	<u>31. Okt.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	219 - 222	221 - 224
Roggen	193 - 195	194 - 196
Braugerste	168 - 174	168 - 174
Futter- und Industrierogerste	163 - 168	163 - 168
Hafer	145 - 151	146 - 152
Weizenmehl	28,00 - 32,25	28,00 - 32,50
Roggenmehl	27,25 - 29,25	27,50 - 29,50
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,65 - 10,15	9,75 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 235 (Vortag 233), Dezember 237-236 (235½), März 247-246½ (245½), Roggen Oktober 204 (202¼), Dezember 204 (201½), März 210 - 209¼ (208¼). Hafer Oktober 163½ (161), Dezember 161 und Brief (159½), März - (169).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 31. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 117, II. 107, abfallende Sorten 93 RM. Tendenz: ruhig.



Tötet nicht den Käufer!

Lohnfrage und Wirtschaftsbeirat.

SPD. Der Schiedsspruch für die Reichsarbeiter passte herzlich schlecht zu dem Auftakt der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats. Alle Welt war nach der Vertagung der Lohnverhandlungen der Reichsbahn der Auffassung, dass nun erst einmal im Wirtschaftsbeirat die Lohnfrage im Rahmen unserer Gesamtwirtschaftspolitik neu beleuchtet werde und dass erst danach für die Lohnverhandlungen gewisse Konsequenzen gezogen werden könnten. Der Schiedsspruch für die Reichsarbeiter war daher nicht nur sachlich ein Fehlspruch, sondern auch eine reichlich ungeschickte Voreiligkeit.

Wenn die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats zu einem fruchtbaren Ergebnis führen sollen, so müssen sie eine Verteilung der wirtschaftlichen Lasten und Pflichten anbahnen, die eine Kräftigung des Binnenmarktes ermöglicht. Eine grosse Zahl der noch in Arbeit stehenden deutschen Arbeiter muss sich heute mit einem Monatsinkommen begnügen, das ungefähr 100 Mark beträgt und nur in geringen Abweichungen über oder unter dieser Grenze liegt. Die Senkung der übertariflichen und tariflichen Verdienste, die in den letzten beiden Jahren durchgeführt worden ist, hat zu einer Schwächung der Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung geführt, deren von den Gewerkschaften vorausgesehene unheilvolle Auswirkung auf die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes wie der Landwirtschaft und nicht zuletzt der Bauern nicht ausgeblieben ist.

Eine Kräftigung des Binnenmarktes kann unmöglich erwartet werden, wenn sich im Wirtschaftsbeirat nicht die Einsicht durchsetzt, dass die Erhaltung der Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung eine Existenzfrage nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern im mindestens gleichen Grade für das Handwerk, das Kleingewerbe und die Landwirtschaft ist. Wie es scheint, gewinnt auch in den Kreisen der Landwirtschaft wie des Mittelstandes die Ueberzeugung an Einfluss, dass jede Senkung der Löhne eine neue Gefahr für sie bedeutet.

Umso unbegreiflicher erscheint es, dass die Bürokratie in einem Augenblick, wo der Wirtschaftsbeirat sich um eine Lösung des Gesamtproblems der deutschen Wirtschaft bemüht, Entscheidungen trifft, die, wie der Schiedsspruch für die Reichsarbeiter eine Politik durchsetzen, die aus dem komplizierten Fragenbereich der Senkung der Gesteungskosten einseitig nur den Lohnanteil herausgreift. Die Vertreter der Gewerkschaften haben daher mit grösster Entschiedenheit im Wirtschaftsbeirat gegen diesen Schiedsspruch protestiert und nachdrücklich erklärt, dass es nicht angehe, willkürlich Entscheidungen über ein Teilproblem wie den Anteil der Löhne an den Gesteungskosten zu fällen, während der ganze Fragenkomplex zur Diskussion stehe. In der Ueberzeugung, dass es die Hauptaufgabe des Wirtschaftsbeirates ist, Massnahmen für eine Kräftigung des Binnenmarktes vorzubereiten, und dass es dementsprechend die Pflicht der beteiligten Gewerkschaftsvertreter ist, allen Versuchen entgegenzutreten, die zu einem weiteren Absinken der Kaufkraft der breiten Massen führen können, haben sie mit aller Schärfe darauf hingewiesen, dass eine Fortsetzung dieser gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft gerichteten Politik die weiteren Verhandlungen ernstlich gefährden würde.

SPD. Die Bedeutung des Lohns für das Wirtschaftsleben ist vor kurzem durch eine in den Vereinigten Staaten durchgeführte Erhebung über die Umsätze im Kleinhandel durch Tatsachen bekräftigt worden, die auch in Deutschland Beachtung und Beherzigung verdienen. Die Erhebung lässt, wie der "American Federationist", die Monatsschrift des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, mitteilt, klar erkennen, dass ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Lohnhöhe und den Einzelhandelsumsätzen besteht.

In der Tat ergeben die Zahlen der Erhebung eindeutig, dass die Staaten mit den niedrigsten Löhnen auch die niedrigsten Umsätze haben. So betragen in den 10 Südstaaten Südcarolina, Georgia, Nordcarolina, Mississippi, Florida, Alabama, Arkansas, Tennessee, Louisiana und Virginia die Durchschnittsumsätze pro Kopf der Bevölkerung 230,24 Dollars, bei einem Durchschnittslohn von 674,32 Dollars. In weiteren 10 Staaten, in denen sich der Durchschnittslohn zwischen 1000 und 1240 Dollars bewegt, erhöhen sich die Umsätze bereits auf durchschnittlich 382,59 Dollars. In einer dritten Gruppe von Staaten, in denen sich der Durchschnittslohn auf 1333 Dollars beläuft, betragen die Umsätze pro Kopf der Bevölkerung 423 Dollars, und in den Staaten mit einem Durchschnittslohn von 1630 Dollars steigen die Umsätze auf 494 Dollars.

Diese Zahlen beweisen erneut, dass der beste Weg zur Steigerung der Umsätze in einer Erhöhung der Löhne liegt. Das Organ des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes bemerkt dazu: "Hier haben wir einen weiteren Beweis dafür, dass die Aufrechterhaltung des Lohnniveaus für die schnelle Ueberwindung der Wirtschaftsdepression unerlässlich ist. Die den Arbeitnehmern gezahlten Löhne bringen den erforderlichen Geldumlauf mit sich. Dabei ist zu beachten, dass 80 % aller Einkäufe im Einzelhandel für die Familien der Lohnempfänger erfolgen. Der durch den Weg über den Lohn verursachte Geldumlauf verbürgt wirtschaftlichen Wohlstand."

SPD. Die Darmstädter Reichstagung der Theater-, Lichtspiel- und Variété-Fachgruppe des Gesamtverbandes beschäftigte sich am Sonnabend mit organisatorischen und gewerkschaftlichen Fragen. Die Organisation erstreckt sich, wie Fischer-Berlin in seinem Bericht über "Die Theaterarbeiter im Rahmen des Gesamtverbandes" mitteilte, auf 193 Theater, (18 staatliche, 59 städtische, 27 gemischtwirtschaftliche, 24 Fachtheater mit städtischen Zuschüssen und 65 Privattheater) und 5 200 Kinos. In diesen Betrieben sind rund 14 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Davon sind 8 000 in der Reichsfachgruppe und 1000 anderweitig gewerkschaftlich organisiert. In den Theatern sind 85 % der Arbeitnehmer durch die Organisation erfasst. Höchst unbefriedigend ist das organisatorische Verhältnis in den Kinos. Hier muss trotz der bestehenden Schwierigkeiten eine systematische Werbung einsetzen, damit dem Kinopersonal menschenwürdige Arbeitsbedingungen gesichert werden können.

In Fischers Vortrag wie in der sich daran anschliessenden Aussprache wurden auch die Fragen der Arbeitszeit, der Schwarzarbeit und des Doppelverdienstes durch Pensionäre beleuchtet. Von Reuter-Berlin wurde vor allem gerügt, dass trotz der verbindlichen Zusage des Städtetages an städtischen Theater Beschäftigungszeiten von weit über 48, ja bis zu 66 Wochenstunden vorkommen. Hier Wandel zu schaffen, sei eine Hauptaufgabe des Verbandes. Für die Theaterarbeiter dürfe es kein Ausnahmerecht geben. Der Verband der Lichtspielvorführer und die planlose Ausbildung an den Vorfüherschulen, die ein Heer von Erwerbslosen schaffe, wurden scharf kritisiert.

Dr. Günther vom Berliner Film- und Bildamt sprach nach Abschluss der Beratung der Organisationsfragen über die Technik der Filmerzeugung.